



# Europa JA! Sozialdumping NEIN!

## Demonstration am 11. Februar 2006 in Berlin

### EU-Dienstleistungsrichtlinie – „Bolkestein-Hammer“ – verhindern!

Die IG Metall ruft mit den DGB-Gewerkschaften und anderen Organisationen zur Demonstration gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie auf. Sie ist nach dem ehemaligen EU-Kommissar Frits Bolkestein benannt. Das EU-Parlament in Straßburg wird am 14. Februar 2006 über die Richtlinie entscheiden. Stimmt das EU-Parlament dem vorliegenden Entwurf zu, würde Sozial- und Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Das wäre für die Beschäftigten und deren Familien eine Katastrophe! Die Bundesregierung entscheidet im Europäischen Rat mit. Mit unserer Demonstration fordern wir auch sie auf, diese Richtlinie zu verhindern.



→ **Einfluss auf das EU-Parlament und die Bundesregierung nehmen**

Am 11. und 14. Februar 2006 rufen die europäischen Gewerkschaften und viele andere zu Aktionen und Demonstrationen auf. Druck auf die politisch Verantwortlichen wird es in nationalen Hauptstädten und in Straßburg geben.

→ **Weg mit dem Herkunftslandprinzip!**

Das Kernproblem der EU-Richtlinie stellt das sogenannte Herkunftslandprinzip dar. Danach gelten nicht mehr die tariflichen, gesetzlichen und sozialen Standards des Landes, in dem die Arbeit erbracht wird, sondern diejenigen des Landes, in dem der Arbeitgeber seinen Firmensitz hat.

→ **Angriff auf den Sozialstaat**

Der Sozialstaat würde durch die EU-Richtlinie ausgehebelt.

- Die öffentlichen Kassen würden ausbluten, da Steuern und Abgaben nur schlecht im Herkunftsland vollstreckt werden könnten.
- Weitere Privatisierung und Deregulierung im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie bei sozialen Diensten drohen. Die Folge: Qualitätsverlust und steigende Chancenungleichheit.

→ **Drei Viertel der Beschäftigten in der Europäischen Union könnten betroffen sein**

Die Richtlinie erfasst etwa 70 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit in der EU.

Betroffen sind Beschäftigte unter anderem

- in Handwerk und Industrie,
- im Bildungsbereich,
- in Bau-, Land- und Forstwirtschaft,
- in Entsorgung und Nahverkehr.

Selbst Leiharbeit und Arbeitnehmerentsendung sind inbegriffen. Dadurch lassen sich auch Produktionsarbeiten als „Dienstleistungen“ auslegen.

→ **Verlierer wären alle**

Verlierer des Lohn- und Sozialdumpings wären die Beschäftigten in allen 25 EU-Ländern. Denn die deutschen und ausländischen Unternehmer würden immer einen Firmenstandort in irgendeinem „Herkunftsland“ finden, in dem Löhne noch niedriger, die Arbeitszeiten noch länger und die Arbeitsbedingungen schlechter sind als in dem Land, in dem die Arbeit erbracht wird.

**Wir sagen NEIN zu einem Europa des Lohn- und Sozialdumpings!  
Wir sagen JA zu einem sozialen Europa!**